

Freie Hansestadt Bremen Ortsamt Borgfeld	28357 Bremen, 06. Oktober 2008 Borgfelder Landstr. 21
Legislaturperiode 2007-2011, Protokoll, lfd.-Nr. 20 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Beirates	
Datum: 30. Sept.2008	Beginn: 19.30 Uhr Ende: 22.10 Uhr Sitzungsort: Ernst-Klüver-Halle (Schützenhalle) Hamfhofsweg 4
Teilnehmer: Ortsamt: 0AL Neumann-Mahlkau als Vorsitzender, G. Bauer, Schriftführer, Beirat: die Damen Clüver und Piontkowski, die Herren Behrens, Bramsiepe, Filser, Ilgner, Dr. Linke, Schilling und Stief Gäste: die Herren Quitter und Dr. Pawlik, beide Amt für soziale Dienste Ost zu TOP 5	
Tagesordnung: 1. Genehmigung der Tagesordnung 2. Genehmigung des Protokolls vom 01.09.2008 3. Wünsche und Anregungen der Bürger 4. Neuer Routenplan Linie 32 (Hierzu Herr Nussbaum, BSAG) 5. Anpassungskonzept (Hierzu: die Herren Dr. Pawlik und Quitter, AfsD) (Antrag der CDU Fraktion) 6. Globalmittel: Vergabe der restlichen Mittel; zukünftige Aufteilung unter den Stadtteilen 7. Initiative Albert-Bischof-Straße 8. Anträge des Beirates (Fußweg in B-Mitte der CDU Fraktion) (Bau der Linie 4 der SPD Fraktion) 9. Gründung eines Koordinierungsausschuss 10. Mitteilungen	

TOP 1:

Zur vorgesehenen TO teilte Herr **Neumann-Mahlkau** mit, dass der TOP 4: Vorstellung der Änderungen zum Quartierbusses Linie 32 durch Herrn Nussbaum als Vertreter der BSAG aus privaten Gründen ausfallen muss und in der nächsten Sitzung vorgestellt werden soll. Die vorgesehenen Tagesordnungspunkte wurden entsprechend geändert und der TO wurde einstimmig genehmigt.

TOP 2:

Die Niederschrift über die Sitzung am 01. September 2008 wurde einstimmig genehmigt.

TOP 3:

1. Frau **Kleemeier** wie auch Frau **Dwortzak** trugen vor, dass es noch keine Entscheidung der Bildungsbehörde über die weitere Benutzung des Schulbusses für die Kinder in Timmersloh gäbe.
Durch die freie Schulwahl würden jetzt 27 Kinder aus Timmersloh neben der Schule an der Bergiusstraße auch andere weiterführende Schulen besuchen. Nur die Grundschul Kinder und die Kinder der Schule Bergiusstraße dürften aber den Schulbus bis nach Borgfeld benutzen. Die übrigen 27 Kinder müssten jetzt die gefährliche Strecke auf der Timmersloher Landstrasse und dem Großen Moordamm mit dem Fahrrad befahren, um zu ihren Schulen zu kommen.
Es sei Platz für alle Kinder aus Timmersloh in dem Schulbus, zusätzliche Fahrten und damit zusätzliche Kosten fielen nicht an. Der Bus könne insgesamt 42 Kinder aufnehmen.

Die Eltern aus Timmersloh hätten jetzt eine Aufstellung gemacht, die jedes Kind mit Anfangs- und Schlusszeiten erfasse.

Herr **Ilgner** fragte nach, ob das vorgesehene Gespräch mit der Bildungsbehörde schon stattgefunden habe, was von den beiden Vertreterinnen verneint wurde.

Frau **Piontkowski** erklärte, dass die CDU-Fraktion die Forderung der Eltern unterstütze, dass alle Kinder den Schulbus benutzen dürften. Im Rahmen seiner Radtour habe der Beirat auch den Großen Moordamm befahren. Hier sei sehr viel Verkehr. Für die kleinen, teilweise erst 10 Jahre alten Kinder sei es sehr gefährlich, wenn sie hier morgens mit dem Fahrrad im Dunklen fahren müssten. Nicht einzusehen sei, dass Geschwisterkinder teils mit dem Fahrrad fahren müssten, teils mit dem Bus fahren dürften, nur weil sie andere Schulen besuchten. Es ginge doch nur darum, dass die Kinder, die andere weiterführende Schulen besuchten, bis zur Linie 4 mitgenommen würden. Die CDU habe über die CDU-Bürgerschaftsfraktion das Thema bereits in die Bildungsdeputation am 28.8.08 gebracht. Sie werde nachhaken, warum die zugesagten Gespräche mit den Eltern noch nicht geführt worden seien.

Auch Herr **Dr. Linke** fand es absurd, dass noch keine Einigung stattgefunden hat und dass es nicht möglich sein soll, dass alle Kinder den Schulbus benutzen können.

Dabei wäre es ausreichend, wenn alle Kinder aus Timmersloh schon morgens mit dem Bus bis zur Linie 4 fahren könnten. Ein weiterer Bus brauche dafür noch nicht einmal eingesetzt werden. Vor allen Dingen deshalb schon, weil der Bus nicht voll besetzt ist.

Herr **Schilling** verwies darauf, dass das Busunternehmen aus versicherungstechnischen Gründen mehr Geld verlangen kann, wenn der Bus voll besetzt ist. Trotzdem sollte es für die Bildungsbehörde aus Kostengründen deshalb kein Grund zur Ablehnung geben.

Die Eltern sollen versuchen, dringend eine Einigung bei der Bildungsbehörde zu erreichen.

Herr **Ilgner** sagte, wenn es nicht zu weiteren Kosten käme, sei er damit einverstanden, wenn alle Timmersloher Kinder mit dem Bus mitfahren könnten. Er schlug vor, einen gemeinsamen Antrag dazu zu formulieren. Die anderen Fraktionen willigten ein.

2. Frau **Boltze**, Lange Streifen 9 A, wies darauf hin, dass für Jugendliche im Alter ab 8 Jahren keine Gruppenräume für Aktivitäten zur Verfügung stehen. Sie forderte den Beirat auf, sich für die Schaffung solcher Räume einzusetzen, weil sich ja nicht alle Jugendlichen für Sport oder Ähnliches interessieren würden. Sie brachte eine Mappe mit von ihr entwickelten Vorschlägen mit, die im Beirat herumgereicht wurde.

Herr **Ilgner** wies darauf hin, dass es im Freizeitheim bzw. bei der Kirche Angebote gäbe. Es sollte versucht werden, dort vorzusprechen.

Herr **Dr. Linke** schlug vor, zunächst die Bedürfnisse abzuklären, um dann mit den Trägern über Angebote dazu reden.

Für Jugendliche gäbe es beim Amt für soziale Dienste auch bestimmte Angebote, über die man sich dort erkundigen könnte, Ansprechperson wäre Frau Duffner-Hüls, teilte Herr **Neumann-Mahlkau** mit.

3. Herr **Dirk Kothe**, verwies auf einen Leserbrief bezüglich der Radrennfahrer. Diese würden eine Gefahr für die Fußgänger bedeuten, weil sie oft sehr schnell fahren würden und ohne ein Klingelzeichen die anderen Verkehrsteilnehmer gefährden. Er bat um Auskunft darüber, ob diese Rennräder eigentlich für den öffentlichen Verkehr zugelassen wären.

Herr **Ilgner** wies darauf hin, dass es sich hier um Sportgeräte handelt, die aber entsprechend der StVO ausgestattet sein müssten.

4. Ein Bürger wies darauf hin, dass für die Überquerung der Borgfelder Allee/Hamfhofsweg, Endstation der Linie 4, die Ampelschaltung zu kurz wäre. Ältere Fußgänger könnten bei der Grünphase nicht beide Fahrbahnen überqueren. Es sollte versucht werden, die Ampelschaltung 10 Sekunden länger auf Grün zu schalten. Herr **Huesmann**, als Seniorenvertreter, wies darauf hin, dass dieses Problem schon an der

Kreuzung Daniel-Jacobs-Allee/Borgfelder Allee aufgetreten war und nur mit Hilfe des Beirates eine längere Ampelschaltung erreicht werden konnte.

Frau **Piontkowski** wies darauf hin, dass hierzu eine Absprache mit dem ASV erforderlich wäre. Sie bat das Ortsamt, Kontakt mit dem ASV aufzunehmen.

5. Ein weiterer Bürger teilte mit, dass etliche Autofahrer über Einfahrten „brausen“ würden, quasi als Ausweichstrecke, wenn in der Daniel-Jacobs-Allee der Müllwagen unterwegs wäre. Das würde eine Gefahr für die Kinder bedeuten.

Herr **Neumann-Mahlkau** teilte mit, dass er die beiden Borgfelder Polizisten davon in Kenntnis setzen würde. Er bat den Bürger, die Autokennzeichen der Autofahrer aufzuschreiben.

6. Herr **Hermann Kothe** wies darauf hin, dass durch die Rohrleitungsarbeiten in der Straße Upper Borg die Fahrbahn zum Teil beschädigt worden ist und außerdem der Fußweg noch nicht richtig hergestellt worden ist. Das ASV wird in Kenntnis gesetzt, teilte Herr **Neumann-Mahlkau** mit.

TOP 4:

Zu diesem TOP begrüßte Herr **Neumann-Mahlkau** die Vertreter des AfsD, die Herren **Quitter** und **Dr. Pawlik**.

Herr **Quitter** führte aus, dass bereits der Haushalt im Jahr 2000 für Kinder- und Jugendliche aufgestellt worden ist, der in 2007 auslaufen sollte. Darin sollten Kürzungen bis zu 40.000 € vorgenommen werden, die aber wieder zurück genommen worden sind.

Für die Jahre 2008/2009 soll nun ein neues Konzept vorgelegt werden, das vom Jugendhilfeausschuss überarbeitet wird. Die Beiräte sollen dazu eine Stellungnahme abgeben. Der Jugendhilfeausschuss soll dann bis Mitte Oktober eine Entscheidung treffen. Dabei ist vorgesehen, dass alle Stadtteile zunächst mit einem Sockelbetrag in Höhe von 40.000 € ausgestattet werden. Weitere Mittel sollen nach Sozialindikatoren verteilt werden, der voraussichtlich bis 2011 gelten soll. Für Borgfeld bedeutet dies, dass aufgrund des Bevölkerungszuwachses in 2009 aus dem Anpassungskonzept 57.000, in 2010 60.000 und in 2011 64.000 € für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dr. **Pawlik** trug vor, dass bereits vor 20 Jahren eine Freizeiteinrichtung in Borgfeld geplant war, aber nie zur Ausführung kam. Erst durch die Bebauung von Borgfeld-West sei durch die Projektgesellschaft Borgfeld (PBG) die Möglichkeit geschaffen worden, hier ein Freizeitheim einzurichten, das zur Zeit an 4 Tagen die Woche geöffnet ist. Auf Nachfrage teilte er mit, dass es zutreffend sei, dass die Mietkosten für das Freizi aus dem Budget des Anpassungskonzeptes getragen werden müssten. Bislang sei es aber immer gelungen, die Miete noch aus einem anderen Topf zu bekommen. Damit sei es nun aber vorbei.

Herr **Ilgner** vertrat die Auffassung, dass es erforderlich wäre, dass die Miete von anderen Trägern extra bezahlt werden müsste, weil das Budget für das Freizeitheim und für dessen Angebote sonst nicht ausreichend wäre.

Frau **Piontkowski** trug vor, dass die Beiräte ihre Stellungnahme eigentlich bis zum 01. September abgeben sollten. Aus terminlichen Gründen war dies aber nicht möglich. Wie sie von anderen Beiräten und im Gesamtbeirat erfahren habe, beziehen sich fast alle Stellungnahmen der anderen Beiräte auf die nicht erhöhten Haushaltsmittel. Sie plädierte dafür, dass die Mittel aus dem Anpassungskonzept an die Preissteigerungen der letzten Jahre – insbesondere die erhöhten Energiekosten – angepasst werden. Das sei bislang nicht der Fall. Außerdem sollten die Mieten nicht aus dem Anpassungskonzept, sondern anderweitig zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel aus dem Anpassungskonzept sollten ausschließlich für die Arbeit mit den Jugendlichen zur Verfügung stehen. Sie kritisierte außerdem, dass der Gesamtbeirat nicht in die Auswahl der Beiratsmitglieder, die an dem Anpassungskonzept in einer Kommission mitgearbeitet hätten, einbezogen worden sei. Es sei die Aufgabe des Gesamtbeirates, Mitglieder in solche Kommissionen zu entsenden. Das Anpassungskonzept sehe auch eine Reihe von

Beteiligungsrechten der Jugendlichen vor u.a. bei der Budgetplanung und dem Personaleinsatz. Außerdem sollten Umfragen unter den Jugendlichen zur Angebotsauswahl durchgeführt werden. Sie fragte, wie dies konkret organisiert werden solle und woher die Mittel dafür kommen sollten. Sie führte fort, dass der Beirat die Sozialsenatorin auffordert, dazu eine Stellungnahme abzugeben. Sie stellte den Antrag der CDU-Fraktion zum Anpassungskonzept vor.

Herr **Ilgner** wie auch Herr **Stief** unterstützten den Antrag und wiesen darauf hin, dass der Sockelbetrag in Höhe von 40.000 € für das Freizeitheim bestehen bleibt. Der Stadtteil Horn-Lehe wäre schlimmer dran, weil hier die Mittel von bisher 200.000 € auf 120.000 € gekürzt werden.

Herr Dr. **Linke** stimmte dem Antrag ebenfalls zu, nur war ihm nicht verständlich, weshalb die Haushaltsmittel insgesamt gekürzt werden sollen, wenn die Miete schon 11.000 € betrage.

Herr **Quitter** erklärte, dass in jedem Stadtteil unterschiedliche Jugendfreizeitheime wären und die Übernahme der Mietkosten durch die Sozialsenatorin unterschiedlich wäre. In manchen Stadtteilen müssten sie nicht aus dem Anpassungskonzept getragen werden.. Die Einrichtungen müssten ihre Angebote kürzen, wenn die Mittel für die Miete aus den Stadtteilbudgets genommen würde.

Herr **Pawlik** wies darauf hin, dass am 17. Okt. das Freizeitheim zu einem Tag der offenen Tür einlädt.

Herr **Neumann-Mahlkau** schlug vor, den Antrag der Fraktionen als gemeinsamen Antrag des Beirates zu beschließen.

Dem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 5:

Zu der Verteilung der restlichen Globalmittel trug Frau **Piontkowski** vor, dass:

1. von Herrn Huesmann als Seniorenvertreter für die Aufstellung von Sitzbänken im Ortsamtsbereich 1.600,-- € beantragt werden.
2. Der SC Borgfeld als weiteren Zuschuss für die Ausstattung des Vereinsheimes mit Rollläden 1.000 € beantragt.
3. Der Beirat für den Erhalt eines Teiles der Jan-Reiners-Brücke einen Zuschuss von 1.000 € bewilligt.
4. Der Verein VAJA beantragt für das Freizeitheim Borgfeld die Anschaffung von 2 transportablen Basketballkörben ein Zuschuss in Höhe von 1.200 €.

Herr Dr.**Linke** fragte an, wo die Bänke aufgestellt werden sollen.

Herr **Huesmann** schlug vor, zwei Bänke in Borgfeld-Ost und 4 Bänke in Borgfeld-West aufzustellen, wobei die Standorte mit dem Ausschuss II bei einer Begehung festgelegt werden sollen.

Herr **Heiko Kothe** wies darauf hin, dass er aus der Zeitung erfahren habe, dass der Beirat der Auffassung sei, dass ein Teil der alten Jan-Reiners-Brücke als Denkmal erhalten bleiben soll. Für ihn sei der Erhalt mehr als ein Mahnmal anzusehen, weil der Abriss der Brücke einer Sache zum Opfer fällt, für die er kein Verständnis habe und die er auch nicht für notwendig hält. Der Bau der Entlastungsstraße sei ebenfalls nicht zu verstehen, weil ein Autobahnanschluss wichtiger gewesen wäre.

Der Beirat stimmte den beantragten Zuschussanträgen einstimmig zu.

Herr **Buchenau** fragte an, ob die Vereine oder anderen bisherigen Antragsteller über die Vergabe der restlichen Globalmittel informiert wurden, weil eigentlich die Schützengilde auch noch einen Zuschuss gebrauchen könnte.

Herr **Neumann-Mahlkau** verneinte dies mit dem Hinweis, dass bei der Verteilung im Mai 2008 bekannt gegeben worden ist, dass im Herbst über die restlichen Globalmittel beraten und beschlossen werden soll.

Frau **Piontkowski** gab bekannt, dass die Verteilung der Globalmittel unter den Stadtteilen künftig neu geregelt werden soll. Die einzelnen Beiräte sollten dazu Stellungnahmen abgeben, die dann im Gesamtbeirat zusammengeführt würden. Bislang sei die Verteilung der Globalmittel nach folgendem Schlüssel verteilt worden: 65 % Einwohner, 10 % Soziale Transferleistungen, 16 % Migrationsanteil, 4 % Straßenlänge und 5 % Altbauanteil. Die Aufteilung sei seit Jahren festgeschrieben gewesen und sei nicht an die Bevölkerungsentwicklung angepasst worden. Aufgrund ihres Engagements im Gesamtbeirat seien in diesem Jahr die Globalmittel insofern angepasst worden, als sie nach den Bevölkerungszahlen mit Stand 31.12.2006 berechnet worden seien. Für Borgfeld habe dies aufgrund des starken Bevölkerungszuwachses eine Steigerung bedeutet. Insgesamt stehen in diesem Jahr noch 1.019.150,00 € für alle Stadtteile zur Verfügung.

Frau Piontkowski trug vor, dass es sinnvoll sei, allen Stadtteilen zunächst einen Sockelbetrag von 5.000 € zu geben, damit auch die kleineren Stadtteile angemessen ausgestattet würden. Als weitere Kriterien schlug sie den Neubauanteil und den Anteil der Jugendlichen unter 18 Jahren vor.

Herr **Stief** vertrat die Auffassung, dass bei einer reinen Verteilung nach Einwohnerzahlen kein Stadtteil mehr benachteiligt werde.

Herr **Ilgner** forderte, dass der Bestand an Altbauten und die vorhandenen Straßenlängen als Verteilungskriterien herausgenommen werden. Stattdessen solle die Anzahl der Vereine und Einrichtungen bei der Verteilung der Globalmittel berücksichtigt werden. Er sprach sich darüber hinaus dafür aus, dass der Anteil der Jugendlichen unter 18 Jahren berücksichtigt wird. Die Globalmittel sollen aber weiterhin in funktionierende Einrichtungen und Institutionen hineinfließen. Frau Piontkowski stimmte zu, dass auch die Anzahl der Vereine und Einrichtungen berücksichtigt werden solle, sie verzichte dann darauf, dass der Neubauanteil Kriterium sein solle.

Dem Vorschlag, neben einem Sockelbetrag von 5.000 € als Verteilungskriterien unter den Stadtteilen die Anzahl der Jugendlichen unter 18 Jahren und das Vereins-/Verbandsleben zu berücksichtigen wurde bei einer Gegenstimme (FDP) mehrheitlich zugestimmt.

TOP 6:

Herr **Neumann-Mahlkau** trug vor, dass hierzu ein Schreiben von Anwohner der Albert-Bischof-Straße vorläge, dass in der Straße von Landwirten und anderen Verkehrsteilnehmern zu schnell gefahren werde. Die Anwohner bitten deshalb den Beirat, hier Maßnahmen zu treffen, um die Geschwindigkeit zu reduzieren.

Er schlug vor, das Geschwindigkeitsmessgerät nochmals aufzustellen.

Herr **Stubbemann**, Anwohner der Albert-Bischof-Straße, teilte mit, dass er vor allen Dingen Landwirte beobachtet habe, die zu schnell fahren würden.

Herr **Hilken**, Landwirt, Am Lehester Deich 57, trug vor, dass er für die Erntezeit ein Lohnunternehmen beauftragt habe und deshalb nicht beurteilen könne, ob diese Fahrer tatsächlich zu schnell fahren.

Der **Lohnunternehmer** teilte mit, dass er insgesamt 35 Fahrer in verschiedenen Gebieten eingesetzt habe und sich darauf verlassen müsste, dass sich alle Fahrer an die Verkehrsregeln halten. Er schlug vor, dass sich die Anwohner die Kennzeichen des Fahrzeuges aufschreiben und ihn dann sofort anrufen, weil er nur so die Fahrer ermitteln könnte. Bei späteren Anrufen hätte er keine Möglichkeit, diese zu ermitteln.

Herr **Kemena**, Bruchwettern 6, dem ebenfalls vorgeworfen wird, er würde zu schnell fahren, erklärte, dass sein Trecker auf max. 40 km elektronisch geregelt wäre und deshalb nicht schneller fahren könnte. Außerdem wies er darauf hin, dass, wie es ihm passiert sei, ein Anwohner mit Eisenstangen vor das fahrende Fahrzeug geworfen habe bzw. ein anderer Anwohner zwei Schiebkarren versetzt auf der Straße hingestellt habe, so dass er Schwierigkeiten hatte, die Straße zu passieren. Er schlug vor, dass sich die Anwohner mit ihm verständigen und dann bei einer Probefahrt sehen können, wie schnell so ein Trecker tatsächlich fährt. Weil durch die Geräuschkulisse und der Größe des Gefährtes die gefahrene Geschwindigkeit oftmals überschätzt werde.

Herr **Buchenau**, Polizist beim Revier Horn, Außenposten Oberneuland, erklärte, dass er festgestellt habe, dass die gefahrene Geschwindigkeit von Menschen schlecht eingeschätzt

werden kann. Bei einem großen und lauten Fahrzeug wird die gefahrene Geschwindigkeit meistens als zu schnell eingeschätzt.

Herr **Ilgner** wies darauf hin, dass die Aussage von Herrn Buchenau richtig sei und findet es richtig von den Landwirten, Gespräche mit den Anwohnern zu führen.

Frau **Piontkowski** findet es gut, dass das Geschwindigkeitsmessgerät aufgestellt wird. Sie wies darauf hin, dass die von Herrn Kemena geschilderten Handlungen (Eisenstangen zwischen die Räder) nach § 315 b StGB strafbar seien (gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr). Sie begrüßte es, dass die Landwirte heute erschienen seien und sich gesprächsbereit zeigten.

Herr **Stief** erklärte, dass bei verdeckten Messungen schneller gefahren werde als wenn die gefahrenen Kilometern angezeigt werden.

Von ihm und auch von Herrn **Dr. Linke** werden die kooperativen Gespräche zwischen den Landwirten und Anwohnern der Albert-Bischof-Straße begrüßt.

TOP 7:

Hierzu trug Herr **Neumann-Mahlkau** vor, dass folgende Anträge des Beirates vorliegen, über die beraten und beschlossen werden soll.

- 1: Pflasterung des Fußweges vor der neuen Ladenzeile in Borgfeld-Mitte. Hierzu trug Frau **Piontkowski** vor, dass die CDU beantragt, dass die wassergebundene Decke des Fußweges vor der neuen Ladenzeile durch eine Pflasterung ersetzt wird. Weil hier ein erhöhter Fußgängerverkehr stattfindet, sollte der Fußweg zwischen der Aus-/Einfahrt zu Rewe bis zum Vorplatz aus Verkehrssicherungsgründen wie die Fläche vor Rewe, gepflastert werden. Es solle das vor Rewe bestehende Pflaster fortgeführt werden, um ein einheitliches Bild zu erreichen.

Herr **Budden** wies darauf hin, dass bei der Ausfahrt von Rewe die Einsicht in die Borgfelder Heerstraße und sehr schlecht wäre. Besonders hinderlich wäre es zudem dann noch, wenn auf dem Parkstreifen ein hohes Fahrzeug stehen würde. Hier müsste der Parkstreifen evtl. verkürzt werden.

Herr **Neumann-Mahlkau** wies darauf hin, dass es gelungen wäre, auf dem rechten Parkstreifen von der Ausfahrt gesehen einen Behindertenparkplatz einzurichten, der noch mit einer Pflastermalung gekennzeichnet werden muss.

Herr **Huesmann** teilte mit, dass schon vor längerer Zeit, nach dem Umbau von Borgfeld-Mitte eine Pflasterung des Fußweges von Blome bis zu Hannig beantragt worden sei, aber bis heute nicht umgesetzt worden ist.

Frau **Piontkowski** erklärte, dass bei der letztjährigen Radtour des Beirates beschlossen worden ist, die Wege auszubessern. Bei der diesjährigen Radtour wurde festgestellt, dass überhaupt nichts passiert ist. Es müsse beim ASV nachgehakt werden.

Herr **Dr. Linke** wies darauf hin, dass der Fußweg am Lehester Deich auch mit einer neuen wassergebundenen Decke wieder hergestellt worden ist, allerdings wurde dort wohl mehr Split eingebaut, weil der Belag jetzt fester wäre. Eine Reparatur vor den Geschäften wäre erforderlich. Er sehe den Weg hier allerdings nicht als so gefährlich an, wie es Frau Piontkowski in ihrem Antrag geschildert habe.

Herr **Ilgner** wies darauf hin, dass gerade die Bezugnahme auf die Verkehrssicherheitspflicht wichtig sei, um mit dem Antrag durchzudringen.. Allerdings gab er zu bedenken, dass dem ASV für solche Maßnahmen nur 7 Millionen € für das gesamte Stadtgebiet zur Verfügung stehen.

Da der Antrag der CDU von allen Fraktionen unterstützt wurde, wurde als gemeinsamer Antrag einstimmig beschlossen.

2. Herr **Ilgner** trug den Antrag der SPD zum Weiterbau der Linie bis zum Falkenberger Kreuz vor. Erschlug vor, dass die Forderung - in auch realisiert wird- umzuformulieren. Weiter schlug er vor, dass die politische Forderung, dass die Straßenbahn auch tatsächlich weitergeführt wird, mit dem Lilienthaler Bürgermeister besprochen werden soll.

Frau **Piontkowski** erklärte, dass die CDU auch voll hinter dem Weiterbau der Linie 4 stehe. Sie plädierte für die Einhaltung der Durchführungsvereinbarung für die Gemeinschaftsprojekte Realisierung der Ortsentlastungsstraße Lilienthal und Verlängerung der Linie 4 nach Falkenberg von April 2006. Sie führte aus, dass die Linie 4 nicht von den Kostenexplosionen betroffen sei, die jüngst durch die Presse gingen. Auf Lilienthal kämen Kostensteigerungen von 715.000 € (Infrastrukturkosten) zzgl. 2,2 Mio € bisher nicht eingestellter aber in Aussicht genommener Planungskosten zu. Lilienthal habe am 16.9.08 eine technisch-wirtschaftliche Prüfung in Auftrag gegeben, um die konkreten Mehrkosten zu ermitteln. Auf Bremen kämen Mehrkosten von 511.000 € zu. Die Mehrkosten seien durch eine extreme Erhöhung der Stahl- und Energiekosten und verfeinerte Kostenschätzungen bedingt. Die gesamtwirtschaftliche Vorteilhaftigkeit und damit Voraussetzung für die Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz sei noch gegeben. Weiter führte sie aus, dass lt. Aussage von Staatsrat Golasowski keine Zweifel bestehen, dass die Linie weitergeführt wird. Die Baudeputation habe am 19.9.08 der Durchführung und Finanzierung der Maßnahme zugestimmt. Herr Golasowski habe ihr heute gesagt, dass der Bausenator voll hinter dem Projekt stehe und der Beirat mit seiner Forderung bei ihm ein Scheunentor einlaufe. Sie schlug daher vor, den Antrag dahingehend umzuformulieren, dass der Bausenator in seinem Bemühen um Realisierung der Linie 4 unterstützt werde. Herr **Stief** trug vor, dass der Antrag von der FDP-Fraktion nicht getragen wird. Bezüglich eines Anschlusses einer Hollerlandtrasse habe Bremen den Fehler begangen, Am Lehester Deich alle Lücken zuzubauen, und damit Möglichkeiten verhindert hat. Wenn es politisch gewollt sei, sei die Hollerlandtrasse aber trotzdem noch möglich. Herr **Dirk Kothe** erklärte, er verstehe die plötzliche Wandlung des Beirates nicht, den plötzlichen Weiterbau der Linie 4 zu forcieren, obwohl die tatsächlichen Kosten noch gar nicht ermittelt wurden. Die kurze Anbindung der Entlastungsstraße an Borgfeld hätte nicht gebaut werden dürfen. Eines wäre sicher, der Verkehr werde verstärkt durch Borgfelder Wohnstraßen fließen. Herr **Ilgner** erklärte, es gäbe Dinge, die nicht zurückgedreht werden können, deren Realität aufgedrückt werde und damit umzugehen verstanden werden muss. So sei es auch mit dem Weiterbau der Linie 4 wie mit dem Anschluss der Entlastungsstraße. Herr **Dr. Linke** führte aus, dass sich die Situation inzwischen geändert habe und halte daher den Antrag von Herrn Ilgner für richtig, dass Bremen sich für den Weiterbau der Linie 4 einsetzt. Dem Antrag wurde mit der zu Beginn von Herrn **Ilgner** gewünschten Umformulierung und den in den Antrag aufgenommenen Änderungsvorschlägen der CDU-Fraktion bei einer Gegenstimme zugestimmt.

TOP 8:

Beratung über die Gründung eines Koordinierungsausschusses.

Wie Frau **Piontkowski** vortrug, gibt es solche Ausschüsse schon in mehreren Beiräten.

Dabei sei es die Aufgabe eines solchen Ausschusses über verschiedene Sachen zu beraten und Vorlagen zu erarbeiten, die dann als Vorschläge für die Beratung im Beirat vorgelegt werden. Es soll sich nicht um ein Entscheidungsgremium, sondern um ein Beratungsgremium handeln. Die CDU habe einen Sitz, auf den sie Anspruch gehabt hätte, an die FDP abgetreten, damit von jeder Fraktion ein Mitglied dabei sei.

Der Gründung eines KO-Ausschusses wurde einstimmig zugestimmt. Folgende Beiratsmitglieder wurden einstimmig in den Koordinierungsausschuss gewählt: Gabi Piontkowski, Gerd Ilgner, Dr. Jürgen Linke, Clemens Stief.

TOP 9:

Herr **Neumann-Mahlkau** gab folgende Mitteilungen bekannt:

1. Abgabeschluss für Anträge für die Stiftung „Wohnliche Stadt“ ist der 10. November 2008.
2. Für die Vergabe von Impulsmitteln aus dem Programm „Impulse für den sozialen Zusammenhalt“ gibt es ein neues Verfahren. Diese müssten bei der Stiftung Wohnliche Stadt“ eingereicht werden. Die Vergabe erfolge vornehmlich nach sozialen Kriterien. Für Borgfeld werde in diesem Jahr aufgrund seiner guten Sozialstruktur voraussichtlich kein Geld aus diesem Programm zur Verfügung stehen.

3. Es liegt ein Schreiben eines Bürgers vor, der sich über die Raserei von Motorradfahrern in Wohngebieten beschwert.
Das Schreiben soll an die Polizei weitergegeben werden.
4. Für die Benennung von Straßennamen sollen künftig mehr Frauennamen berücksichtigt werden .
5. Die nächste öffentliche Beiratssitzung findet am 11. November statt.

Herr **Huesmann** dankte dem Beirat für die bisher gute Arbeit und für die Vergabe eines Zuschusses für die Aufstellung von Bänken im Ortsamtsbereich.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Neumann-Mahlkau schloss die Sitzung um 22.10 Uhr.



Der Schriftführer:



Die Beiratssprecherin:



Der Vorsitzende: